

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönfeld behördlich bestimmte Blatt

Bezugpreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206.
Volkskonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig.
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inserentenpreise: Die Uebersicht, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf.,
Stellenangebote 10 Gelo, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Bräutern die Uebersicht Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeit 2 Mt. Inserate v. ausw.: die Uebersicht, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeit 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Anzeigenschäfte und alle Postämter entgegen

Staatenkonflikt in Südamerika

Kriegspsychose in Bolivien

SPD London, 10. Dezember.

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat die Regierung von Bolivien ein Angebot der mexikanischen Regierung, als Vermittler zwischen den beiden Staaten zu fungieren, abgelehnt. Die Regierung von Paraguay hat sämtlichen amerikanischen Staaten mit Einschluß der USA auf diplomatischem Wege eine Erklärung zugestanden, in welcher es heißt, daß sie jeden denkbaren Versuch gemacht habe, um gemäß den Entschliessungen des panamerikanischen Kongresses einen Konflikt zu vermeiden, daß die Regierung von Bolivien diese Versuche jedoch mit dem Abbruch der Beziehungen beantwortet hätte.

Die Hauptstadt von Bolivien, Asuncion, befindet sich nach den in London eingetroffenen Berichten im Banne einer wahren Kriegspsychose. Anlässlich einer dort abgehaltenen, von 4000 Personen besuchten Versammlung, soll der Präsident von Bolivien, Siles, erklärt haben, daß Bolivien bereit sei, wenn nötig, Krieg zu führen. Nach einer Reihe von weiteren aufreizenden Reden bolivianischer Abgeordneter nahm die Versammlung eine Entschliessung an, in der es heißt, die Bevölkerung von Bolivien stehe ohne Rücksicht auf Partei und Klasse hinter der Regierung bei ihren Bestrebungen, die Souveränität des Landes zu verteidigen. „Wir fordern“, so fährt die Resolution wörtlich fort, „die Regierung auf, mit der größtmöglichen Energie vorzugehen, bis Bolivien volle Wiedergutmachung für die Verletzung erhalten hat, die unserer nationalen Ehre zugefügt worden ist.“ Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein von der Frau des Präsidenten der Republik geführter Demonstrationzug, der unter chauvinistischen Kundgebungen durch die Hauptstraßen zog.

Eine eigentümliche Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß am selben Tage 20 Vertreter von amerikanischen Staaten, darunter

je ein Delegierter von Bolivien und Paraguay, in Washington zusammengetreten sind, um einen gegenseitigen Schiedsgerichtsvertrag zu erwerfen, der den ewigen Frieden in der neuen Welt sichern soll.

Eine Vermittlungsaktion

SPD Berlin, 11. Dezember. (Radio)

Die panamerikanische Konferenz, die in Washington tagt, beschloß die Einsetzung eines Komitees zur Beratung über die Schritte, die zur beschleunigten Beilegung der Differenzen zwischen Bolivien und Paraguay getan werden können. Der Beschluß erfolgte einstimmig unter ausdrücklicher Zustimmung der Delegationen Bolivien und Paraguay.

Trotz dieses Völkerbundes!

WTB Lugano, 10. Dezember.

Der Grenzzwischenfall zwischen Bolivien und Paraguay wird in den Kreisen verschiedener Ratsdelegationen mit Interesse besprochen. Es sind Erwägungen im Gange, ob sich der Völkerbundsrat im Hinblick auf eine friedliche Regelung des Streitfalles an beide Parteien wenden könnte, die Mitglieder des Völkerbundes sind, wenngleich Bolivien seit Jahren nicht mehr an den Arbeiten der Bundesversammlung teilnimmt. In Bezug auf Gerüchte, die von einem bevorstehenden Schritt des Rats wissen wollen, ist jedoch festzustellen, daß sich dieser nur nach Anrufung durch eine der beiden Parteien mit der Angelegenheit befassen könnte. Eine solche Anrufung ist bisher nicht erfolgt. Eine weitere Möglichkeit wäre, daß eins der Ratsmitglieder auf Grund von Art. 11 des Pakts die Frage vor den Rat bringen würde, um diesen zunächst zu veranlassen, beide Parteien als Völkerbundsmitglieder an ihre durch den Pakt übernommenen Verpflichtungen zur friedlichen Regelung von Streitfällen zu erinnern.

Die Stunde der Internationale

Von Ernst Reinhard-Bern.

In Genf geht das Komitee, das der Völkerbund eingesetzt hat, um Vorschläge zur Bekämpfung des Waffenhandels zu machen, auseinander, nachdem Graf Fernstorff festgestellt hatte, daß wiederum nichts erreicht worden sei. Zur gleichen Zeit versammeln sich in Lugano die Mitglieder des Völkerbunds-Rates, um zu Fragen Stellung zu nehmen, von denen der Weltfrieden zu einem guten Teile abhängt. Demonstrierte sich im Waffenhandelsverbot reichlich der schlechte Wille vor allem der imperialistischen Kolonialstaaten, die ihre Geheimpolitik erst wirksam unterstützen können, wenn sie Waffen zu nutzlosen Umständen — nutzlos für die aufständischen Völker — liefern so tritt der Völkerbundsrat in einem Augenblicke zusammen, da sich der schlechte Wille der Beteiligten bisher in mancherlei öffentlichen Demonstrationen unverhüllt ausgedrückt hat.

Der Völkerbundsrat soll über die Räumung des Rheinlandes wenigstens diskutieren, das ist die allerbedeutsamste Hoffnung, die man an diese mit vielem Pomp eingeleitete Tagung knüpfen darf. Aber wir wissen zur Stunde noch nicht, ob wenigstens so viel guter Wille vorhanden ist, um dieses Problem auch nur zur Erörterung zu stellen; und wenn es wirklich erörtert werden soll, so geschieht es in dem durchaus nationalistischen und gefährlichen Geiste, in dem es von Briand und Chamberlain vor ihren Parlamenten erörtert worden ist. Es kann fast mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß der englische und der französische Außenminister die Räumungstrage von der Reparationsfrage abhängig machen, daß also das Rheinland weiter als Pfand für eine genügende Erfüllung der Reparationspflicht betrachtet und demnach behandelt wird.

Wenn die Rheinlandbesetzung unmittelbar nach Kriegsschluss beschlossen wurde, so geschah das aus dem Geiste der Rache und der kurzfristigen militärischen Politik heraus. Die Welt durfte hoffen, daß die Methoden der Diplomatie sich so gründlich geändert hätten, daß sie endgültig auf den Krieg als Mittel der diplomatischen Auseinandersetzung verzichtete. Wir haben den großen Aufwand um den Kellogg-Pakt eben hinter uns, jenes feierliche Versprechen, daß man internationale Konflikte nicht mehr mit Bajonetten, sondern durch Richter erledigen wolle. Nicht der General sollte zukünftig international Recht sprechen, sondern der gerecht denkende Richter. Was wir heute, wenige Wochen nach der Unterzeichnung dieses Kriegsschlichtungsvertrages erleben, das ist die vollständige Wiedereinsetzung des Kriegs in seine alten Rechte. Es ist durchaus möglich, daß sich infolge dessen in diesen Tagen die Meinungen über neue Kriegseröffnungen geradezu häufen. Auf die unerhörte Rede Fabrys in Paris folgt die Botschaft Coolidges und folgen die Worte Vorahs, die sich für die neue Kreuzerflotte der Vereinigten Staaten aussprechen. Völlig unbekümmert um die Folgen, die wir einst alle tragen werden, geschieht diese Götzenverehrung der Armeen und der Generale, die allein imstande sein sollen, die internationalen Schwierigkeiten durch ihre Mittel zu lösen. Ihr Mittel aber bleibt die Erpressung. Es ist nichts anderes als Erpressung, was sich heute die pazifistische Politik Briands und Chamberlains leistet; die Folge ist eine geradezu verheerend wirkende Mißachtung des Schiedsgerichtsgedankens, zu dem sich die Arbeiter-Internationale auf ihrem Kongreß in Brüssel mit aller Entschiedenheit bekannt hat, ist eine Verhimmelung des nationalistischen Gedankens und seine künstliche Großtät.

Die Lösung der internationalen Probleme ist fast völlig in den Händen von Leuten, die aus dem bürgerlich-kapitalistischen Lager stammen, und die, wenn sie auch einmal ein Lippenbekenntnis zum Schiedsgerichtsgedanken ablegen, im Herzen doch stille Anbeter und glühende Verehrer der militärischen Lösungen geblieben sind. Die ganze Lösung des Reparations- und des Rheinlandproblems geschieht in völliger Gegensatz zu den Prinzipien, zu denen sich die Arbeiter-Internationale in Brüssel bekannte.

Die Regierungen aller Länder haben sich zu dem Grundsatz der Gewalt und der Erpressung nach wie vor bekannt und sind in diesem Geiste nach Lugano gegangen. Es sind die Regierungen des Bürgerturns, vielfach diejenigen rein imperialistischen Staaten, auf jeden Fall Regierungen, die in ihrer ganzen Auffassung die sozialistische Doktrin entschieden ablehnen. Und da erhebt sich die Frage, ob die Arbeiter-Schaft zugeben darf, daß eine so bedeutende, für ihre ganze Zukunft vielleicht entscheidende Frage in einem Geiste gelöst werde, den sie als verhängnisvoll für die ganze Welt vor kurzem gebrandmarkt hat. Darf die Arbeiter-Schaft und darf ihre Internationale zugeben, daß über die Zukunft Europas in einem solchen Geiste entschieden wird, ohne daß sie wenigstens den Versuch gemacht hätte, für ihre eigene Auffassung zu kämpfen?

Wir gehören zu denen, die von den Ergebnissen des Brüsseler Kongresses nicht reiflos begeistert waren. Aber wenigstens in einer Frage war die Internationale konsequent: Sie hat sich gegen den Geist der militärischen Gewalt gewendet und den Schiedsgerichtsgedanken überall verfochten. Dieser Gedanke steht heute in Gefahr. Friedrich Adler hat die Internationale einmal gegenüber ihren Angreifern als Internationale

Warum kein Arbeiterführer?

Die Zentrumsarbeiter unzufrieden

Das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche schreibt in einem Aufsatz unter der Überschrift: „Warum kein Arbeiterführer?“ zu dem Zentrumsparteitag in Köln:

„Man mag es drehen, wie man will, die Arbeiterwähler des Zentrums sind mit dem Ergebnis der Führerwahl in Köln nicht zu frieden. Ueber all dem Her und Hin stand für sie die entscheidende Frage: Wird das Zentrum diesmal einen Führer aus ihren Reihen wählen oder nicht? Der Reichsparteitag hat gegen den Arbeiterführer gestimmt. Was heißt es, wenn die Zentrumspresse beschwörend schreibt, niemand dürfe darin eine Entscheidung sehen, die sich gegen die Person der anderen Kandidaten (Stegerwald, Joos) oder diejenigen Gruppen richtet, zu denen sie gehören. Sie vermögen nicht zu überzeugen, zumal sie vor der Wahl ebenso beschwörend forderte: es dürfe kein Vertreter einer „Interessengruppe“ oder „Schicht“ mit der Führung der Partei betraut werden. Es hatte einen offensichtlich tendenziösen Sinn, hier in einem Führer, der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, nur den Vertreter einer „Interessengruppe“ zu sehen. Und es war darin auch die Meinung und das Urteil ausgesprochen, ein Führer aus der Arbeiter-Schaft sei nicht imstande und fähig, die große Idee und Aufgabe der Zentrumsarbeit über die engeren Interessenpolitik der verschiedenen Wählergruppen zu stellen. Die Arbeiter-Schaft, die sich zum Zentrum bekennt, muß aber einer solchen Auffassung um so mehr entgegengetreten, weil sie und ihre Führer in den vergangenen Jahren weiß Gott zur Geltung bewiesen haben, daß sie, aus dem Geiste ihrer christlichen Weltanschauung heraus, den Räten und Aufgaben des Volksganzen, und damit allen Schichten, gerecht zu werden vermögen.“

Es ist darum nur allzu verständlich, wenn die Arbeiter in dem Ergebnis der Kölner Wahl nicht nur eine Zurücksetzung ihrer Führer, sondern auch eine Zurücksetzung ihres Standes erblicken. Sie müssen das höchst peinliche Gefühl haben, daß man ihnen und ihren Führern nicht das Maß von Vertrauen, Fähigkeit und gutem Willen zumißt, das man sonst jeder Schicht und jedem Politiker, sei er Beamter oder Geistlicher, ohne weiteres zubilligt. Es werden bittere Gefühle ausgelöst, die mit ihren Wurzeln noch in jener Zeit stecken, wo man noch für den „vierten Stand“ besondere Wertschätzung hatte.“

Die arbeitervindliche Einstellung des Zentrums wird hier von berufener Seite in einer Weise bekämpft, wie es besser nicht geschehen kann und von autoritativer Seite noch nie geschehen ist.

Freie Bahn für die Große Koalition

Mit der Neuwahl des Parteivorstehenden des Zentrums ist auch in dieser Partei die Situation für die bevorstehenden Verhandlungen über die formelle Stabilisierung der Großen Koalition im Reich geklärt. Wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus Zentrumstreifen erfährt, ist der neue Parteichef, der Abg. Kaas, als Anhänger der Großen Koalition zu bezeichnen. Es wird ihm auch ein besonderes Talent dafür nachgerühmt, ausleitend bei den verschiedenartigen Meinungsströmungen innerhalb des Zentrums wirken zu können.

Somit sei die Bahn für die Große Koalition im Reich freigemacht, und in parlamentarischen Kreisen sei man der Auffassung, daß die interfraktionellen Besprechungen, die am Mittwoch beginnen werden, aussichtsreich sind.

Das genannte Nachrichtenbureau schreibt weiter: Sobald dann im Reich, vermutlich zu Anfang des neuen Jahres, eine endgültige Regierung der Parteien von Breitscheid bis Scholz zustandekommen sein wird, werden in Preußen entsprechende Verhandlungen aufgeworfen. In beiden Fällen gilt es sicher, daß die Demokraten als zahlenmäßig schwächste Fraktion auf einige Ministerposten verzichten müssen. Man rechnet im allgemeinen, um überhaupt einen Majorität für die Beteiligung an der Regierung zu haben, daß innerhalb der Großen Koalition auf je 30 Mandate ein Ministerposten zu entfallen habe.

Französisch-italienische Freundschaft

TU Lugano, 10. Dezember.

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist in der Besprechung zwischen Briand und dem italienischen Staatssekretär Grandi der Gedanke des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Frankreich erörtert worden. Man ist hierbei davon ausgegangen, daß zuerst die bereits seit längerer Zeit zwischen Frankreich und Italien schwebenden Verhandlungen über das Personalstatut der Italiener in Tunis und Tripolis zum Abschluß gebracht werden müßten. Sobald diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis gelangt sind, sollen die Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschafts- und Schiedsvertrages aufgenommen werden.

Der niedergeschlagene Aufstand

TU London, 10. Dezember.

Die afghanische Gesandtschaft in London hat eine Mitteilung erhalten, die eine offizielle Bestätigung der schweren Kämpfe bei Dschelalabad darstellt. Danach sind bei diesen Kämpfen 300 Afghanische getötet und 200 gefangenegenommen worden. Die Shinwaris sollen nach der gleichen Mitteilung inzwischen um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben, die gegenwärtig noch im Gange sind. Die Unruhen erstrecken sich nicht allein auf die Shinwaris, sondern auch auf andere Stämme, die jedoch, wie man hofft, die Waffen strecken werden, sobald es zu einer Beilegung der Unruhen mit den Shinwaris kommt.

Wie aus Kabul gemeldet wird, haben die Regierungstruppen den Führer des afghanischen Stammes Rudejal gefangenegenommen. Er wurde dem Militärgericht überreicht und sofort erschossen. Die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Afghanischen sind noch nicht beendet. Dschelalabad soll halb abgebrannt und die Bevölkerung nach Kabul geflüchtet sein. Die Kämpfe werden weiter fortgesetzt, und die Regierungstruppen hoffen, im Laufe der nächsten Woche in Afghanistan die Ruhe wieder herstellen zu können.